



## **Kommentare aus der der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und unseren Partnern in der Lieferkettengesetz-Initiative zur Blockadehaltung der FDP beim EU-Lieferketten-Gesetz**

### **KAB -Pressemitteilung**

**8. Februar 2024**

**KAB: FDP-Minister blockieren den Kampf für Menschenrechte**

***Katholischer Sozialverband fordert Kanzler Scholz zu einem Machtwort auf***

Köln/ Berlin. „Es ist ein Skandal, wenn sich eine liberal nennende Partei gegen die Durchsetzung von Menschenrechte in der Wirtschaft stellt“, erklärte Stefan Eirich, Bundesvorstandsmitglied der KAB Deutschlands. Der katholische Sozialverband fordert gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Christlicher Arbeitnehmer (EBCA) die Umsetzung des Europäischen Lieferkettengesetzes.

Das Nein der FDP-Minister Lindner und Buschmann schädige nicht nur das Ansehen der deutschen Bundesregierung, sondern auch der deutschen Wirtschaft. Die von der EU-Kommission und dem EU-Parlament ausgearbeiteten Regelungen für europäische Unternehmen zum Schutz gegen Kinderarbeit, für Menschen- und Arbeitsrechte sowie zur Durchsetzung von wichtigen Umweltstandards waren notwendig, um einen fairen Wettbewerb europäischer Unternehmen zu garantieren, die weltweit in Produktions- und Lieferketten eingebunden sind. FDP-Justizminister Marco Buschmann, der den Text der europäischen Richtlinie federführend mit ausgearbeitet hatte, lässt nun den Kompromiss scheitern. Viele international tätige deutsche und europäische Unternehmen hatten sich bereits für den Kompromiss ausgesprochen. Das EU-Lieferkettengesetzes ist eines der zentralen Vorhaben des EU Green Deal und einen Meilenstein für Menschenrechte und Umweltschutz.

#### **Kein Profit auf Kosten von Menschenrechten**

„Mit dieser Blockade entziehen sich die Liberalen ihrer politischen Verantwortung, Menschenrechte weltweit umzusetzen. Profit darf nicht auf Kosten der Rechte von Schwächeren gehen“, so KAB-Bundespräses Stefan B. Eirich. Nach dem möglichen Aus für das Lieferkettengesetz will nun die FDP auch die Verabschiedung einer neuen EU-Verordnung über CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge auf den letzten Metern des Gesetzgebungsverfahrens bremsen. Die KAB Deutschlands drängt daher Kanzler Olaf Scholz, ein Machtwort in der Koalition zu sprechen und Deutschland nicht weiter in Europa zu isolieren.

## Kommentar

### **Böse und gute Bürokratie**

Stefan-Bernhard Eirich, Bundespräsident der KAB Deutschlands

Die für kommenden Freitag in Brüssel Entscheidung über das EU-lässt den wirtschaftsliberalen Lobby-Hochform auflaufen. In Dauerschleife Allgemeinplätze von der Bürokratie“ und den „gravierenden Wettbewerbsnachteilen“. Ganz in der Anti-EU-Ressentiments wird da ein und besungen, das es im Namen der vermeintliche wirtschaftspolitischen Vernunft zu bannen gilt. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass dieses Monster vor allem FDP-gelbe Heißluft enthält. An deren Adresse und an die ihrer Lobbyisten geht daher folgende Mitteilung: Es gibt richtig gute Bürokratie! Ja, viele als Schreckgespenster gehandelte Regulierungen haben sich längst als Schutzgeister erwiesen. Gute Bürokratie nämlich verhilft Regeln zur Wirksamkeit, die Menschen vor der Profitgier der Unternehmen schützen, zum Beispiel beim Arbeits- und Verbraucherschutz. Was wäre, wenn es keine EU-weit gültigen Lenkzeiten für LKW-Fahrerinnen und -Fahrer gäbe? Was für menschenverachtende Zustände herrschen, wenn Spediteure selbst einfachste Vorgaben mit Füßen treten, haben die verzweifelten Proteste der Trucker an der Raststätte Gräfenhausen im vergangenen Jahr mehr als deutlich vor Augen geführt.



anstehende Lieferkettengesetz Populismus zur tönen die bekannten „überbordenden

Linie klassischer Monster aufgeblasen

Warum aber sollte es nicht endlich auch weltweit solche „Schutzgeister“ geben? Die Katholische Arbeitnehmerbewegung erfährt durch ihre globale Vernetzung im Rahmen des World Movement of Christian Workers (WMCW) regelmäßig von massiven Verstößen gegen die Menschenrechte von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern. Immer wieder erreichen sie Berichte über Kinderarbeit in Rohstoffminen und die Ausbeutung von für die europäische Textilindustrie schuftenden Frauen. Für diese und viele andere Menschen stellt Die EU-Lieferkettenrichtlinie einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Verbesserung ihrer Menschenrechtssituation dar. Eine Bürokratie, die dies unterstützt, darf nicht zum Totschlagargument verzerrt werden. Selbstverständlich aber muss nach dem Zustandekommen des Brüsseler Beschlusses alles dafür getan werden, um die dafür notwendigen Regeln und Vorschriften in ihrer Umsetzung schlank und effektiv zu halten. So werden dann hoffentlich all jene Lügen gestraft, die mit einem Scheinmonster den längst fälligen Paradigmenwechsel in der Unternehmensverantwortung verhindern wollen. Eine Allianz aus europäischen Konzernen von Aldi über Ikea bis hin zu Unilever und Hapag-Lloyd geht mit gutem Beispiel voran und begrüßt die EU-Regelung ausdrücklich. Sie und eine wachsende Anzahl von Mittelständlern und Großunternehmen kennen eben den Unterschied zwischen guter und böser Bürokratie.

\*\*\*\*\*

## Kommentar

### **POEMA e.V. Stuttgart - Armut und Umwelt in Amazonien**

Gerd Rathgeb, Menschenrechtsaktivist, 2. Vorsitzender POEMA e.V.



Die Massenproteste für Demokratie und Menschenrechte sind noch im Gange, in denen u.a. auch Regierungsmitglieder dabei sind und davon reden, wie wichtig ihnen die Demokratie sowie die Einhaltung der Menschenrechte und der Umweltstandards sind.

Jetzt zeigt es sich: Das sind Sonntagsreden, weil sie sich am Montag der Stimme enthalten, wenn es um das EU-Lieferkettengesetz geht, das ja gerade deshalb von den Gremien der EU gewollt wird, weil damit erreicht werden soll, dass Menschenrechte und Umweltauflagen in den Lieferketten der Betriebe und Konzerne, die weltweit unterwegs sind, eingehalten werden, einschl. eines Klagerechts der Betroffenen.

**Die Frage muss erlaubt sein, inwieweit es demokratisch ist, wenn die kleinste Partei in der Regierung die Standards setzt, reine Klientelpolitik betreibt und die anderen Parteien - und das ist wirklich ein Jammer, schweigen und nicht den Mut haben, die FDP in die Schranken zu verweisen.**

**Es ist verantwortungslos.**

**Den Preis zahlt die Umwelt hauptsächlich im Süden der Welt und die Menschen, die oftmals ihrer Rechte beraubt werden und teilweise unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten.**

[www.poema-deutschland.de](http://www.poema-deutschland.de)

\*\*\*\*\*

## Pressemeldung

### **Wir sind bestürzt!**

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.  
(DEAB) verurteilt die Enthaltung der Bundesregierung



Dachverband Entwicklungspolitik  
Baden-Württemberg e.V.

Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB) zeigt sich zutiefst enttäuscht über die Entscheidung der Bundesregierung, dem EU-Lieferkettengesetz in der am kommenden Freitag vorgesehenen Abstimmung aufgrund des Drucks der FDP und großer Wirtschaftsverbände im EU-Rat nicht zuzustimmen. Diese unerwartete Kehrtwende stellt nicht nur ein Versagen im Schutz der Menschenrechte und des Umweltschutzes dar, sondern gefährdet auch das Ansehen Deutschlands als verlässlicher politischer Partner in der EU.

Gabriele Radeke, Geschäftsführerin des DEAB, äußert sich bestürzt: „Die Entscheidung der Bundesregierung ist ein schwerwiegender Rückschlag für den Schutz von Menschenrechten und Umweltstandards entlang globaler Lieferketten. Die Bundesregierung stellt sich damit nicht nur gegen den Schutz grundlegender Menschenrechte, sondern auch gegen alle Unternehmen, die sich für ein starkes Gesetz engagiert haben. Und sie stellt sich gegen einen Kompromiss, der nach jahrelangen Verhandlungen auf EU-Ebene gefunden wurde. Damit macht sie sich völlig unglaubwürdig. Das fehlende Machtwort zeigt, dass sich Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von der FDP an der Nase herumführen lassen und dem Schutz der Menschenrechte sowie der Einhaltung wichtiger Umweltstandards keine Priorität einräumen. Nun hoffen wir, dass die anderen Mitgliedsstaaten im Rat zustimmen werden.“

Felix Roll, Eine Welt-Fachpromotor für Unternehmensverantwortung bei der Werkstatt Ökonomie Heidelberg e.V., kommentiert die drohende Entscheidung Deutschlands: „Mit dieser Entscheidung zeigt die Bundesregierung, dass es ihr egal ist, unter welchen ausbeuterischen Bedingungen unsere Produkte hergestellt werden. Ein Kompromiss, der seit Jahren von der EU ausgehandelt wurde, wird jetzt vom kleinsten Koalitionspartner in Deutschland verhindert. Am Ende könnte Deutschland gemeinsam mit der rechtsextremen Regierung in Italien die aktuell bedeutendste Regulierung zum Schutz der Menschenrechte in der EU stoppen.“

Als entwicklungspolitischer Dachverband und Koordinator des Eine Welt-Promotor\*innen-Programms setzt sich der DEAB gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz und anderen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen seit Jahren für ein starkes EU-Lieferkettengesetz ein.

\*\*\*\*\*

## Kommentar

### **KAB Rottenburg-Stuttgart**

von Bernhard Bormann, Koordinator der Lieferkettengesetz-Aktionen der KAB  
Diözesanverband Rttb.-Stgt.

#### **Warum hat eine Kleinstpartei in Europa so viel Macht?**

Die Teilnehmer\*innen beim Lieferkettenseminar vom 2.- 4. Februar 2024 in Haltern (Delegierte aus ganz Deutschland mit Gästen aus Peru, Spanien, Belgien und Nicaragua) wollten das drohende Scheitern des Europäischen Lieferkettengesetz noch in letzter Minute verhindern. Die FDP blockiert nun den Prozess auf den letzten Metern, nachdem alles ausverhandelt war (zwischen Parlament, Kommission und 26 Mitgliedstaaten im sog. Trilog).

Die "unter 5% - Partei", lässt sich vor den Karren des Kapitals spannen, mehr noch, stilisiert sich zur Retterin der europäischen Industrie anstatt sich den Menschenrechten zu verpflichten.

Sie würgt den in ganz Europa gelobten Kompromiss zur Sorgfaltspflicht der Unternehmen in ihren Handelsbeziehungen zu Firmen, Zulieferern, Rohstofflieferanten eiskalt ab.

#### **Wohin steuert die FDP?**

Will sie damit Stimmen bei den Wählern gewinnen? Die sind in Deutschlands Städten millionenfach unterwegs und demonstrieren für die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Daher sollten Menschenrechte auch und gerade in die Betriebe, Textilfabriken, Plantagen, Minen dieser Welt Einzug halten.

Anstatt unser Wohlstandsmodell auf Billigimport weiter auszubauen, braucht es Gerechtigkeit in unseren Handelsbeziehungen. Daher fordern wir faire Löhne, fairer Welthandel anstelle Ausbeutung und Umweltzerstörung. Wir fordern Sorgfaltspflicht für europäische Unternehmen gerade gegenüber den Zulieferern.

Deutschland muss sich - wegen der Blockade der FDP innerhalb der Koalition - bei der Ratsentscheidung enthalten. Das sieht der Koalitionsvertrag so vor. Die Enthaltung von Deutschland gilt im Votingsystem der EU als Nein-Stimme, Italien und andere Länder werden vermutlich nachziehen. Die Richtlinie wäre damit gescheitert.

Mit den Europawahlen ist dann zunächst alles auf Eis gelegt und womöglich auf Jahre hin nicht mehr mehrheitsfähig. Ein Rechtsruck im Europaparlament sagen die Prognosen jetzt schon voraus. Somit fehlte es an einer Mehrheit für einen neuen Anlauf.

Das wäre das Aus für das Lieferkettengesetz.

Für uns und alle Menschenrechtsorganisationen, mit denen wir verbunden sind ist diese eine Enttäuschung sondergleichen. Die KAB, die CAJ - national wie international – kämpft seit Jahren für einen gesetzlichen Rahmen für deutsche und europäische Firmen mit ihren Zulieferern in der Welt gekämpft hat.

\*\*\*\*\*

## Offener Brief

Brief an Olaf Scholz, noch bevor Hubertus Heil verkünden musste, dass Deutschland mit Enthaltung stimmen werde, weil die FDP trotz etlichen Zugeständnissen sich nicht von ihre Blockadehaltung abbringen ließ.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,  
mit Erschrecken haben wir den FDP-Präsidiumsbeschluss zur europäischen Sorgfaltsrichtlinie vernommen.

Nach einem monatelangen Arbeitsprozess, in dem die FDP aktiv mitgearbeitet und viele ihrer Forderungen erfolgreich eingebracht hat, versucht sie nun, in letzter Minute die für so viele Menschen wichtige Sorgfaltsrichtlinie zu kippen.

Dies entspricht in keiner Weise dem EU-üblichen Prozedere und schadet dem Ruf Deutschlands in der EU.

Durch die Verzögerung von EU-Prozessen handelt die FDP außerdem dem Koalitionsvertrag zuwider. Mit der Blockade der europäischen Sorgfaltsrichtlinie möchte sie so einen wichtigen ersten Schritt, ein weltweites Leuchtturmprojekt zum Schutz unserer Natur und vor allem der Einhaltung der Menschenrechte verhindern.

Viele große deutsche Unternehmen wie VAUDE und Aldi Süd bitten um deren Einführung! Mehrere Studien belegen, dass der Schutz der Menschen entlang der Lieferketten auf lange Sicht den Wohlstand der Unternehmen mehren wird.

Die Menschen sind in Deutschlands Städten hunderttausendfach unterwegs und demonstrieren für die Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Daher braucht es die Achtung der Menschenrechte gerade in den Betrieben, Textilfabriken, Plantagen, Mienen dieser Welt.

Wir fordern faire Löhne, fairer Welthandel anstelle Ausbeutung und Umweltzerstörung. Daher fordert die breite Zivilgesellschaft in Europa:

In diesem Sinne bitten wir Sie, als Bundeskanzler Ihre Richtlinienkompetenz auszufüllen und die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der EU zu schützen.

Sorgen Sie für ein deutsches ‚Ja‘ zum Lieferkettengesetz.

Vielen Dank und freundliche Grüße

## Gemeinsam für Gerechte Lieferketten



Die Teilnehmer\*innen des Lieferkettenseminars vom 2.- 4. Februar 2024 in Haltern am See mit CAJ (Christliche Arbeiterjugend) und KAB (Katholische Arbeitnehmerbewegung) - Vertreter\*innen aus ganz Deutschland und Gästen aus Peru, Spanien, Belgien und Nicaragua



Ein gesetzlicher Rahmen muss her !

Eva Frech  
KAB Enz-Neckar

Hilda Frech  
KAB Stuttgart



Lieferkettengesetz - jetzt erst recht !